

DER TAGES SPIEGEL

PROGRAMMVORSCHAU

Fernsehen - Rundfunk
Theater - Kino

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG



Tel.-Sammelnr. 13 03 31. Unsere Geschäftsstellen: Bin. 19 (Charlbg.), Kaiserdamm 7, Bin. 41 (Priedenau), Rbaisstr. 82, Bin. 33 (Grunewald), Hohenzollernstr. 94, Bin. 28 (Hornisd.), Heinenstr. 37, Bin. 46 (Lankwitz), Leonorenstr. 71, Bin. 45 (Lichterfelde), Baseler Str. 12, Bin. 63, Mühlstr. 122 b, Bin. 21 (Moabit), Albinstr. 10, Bin. 44 (Nauköl), Kari-Max-Str. 184, Bin. 32 (Reinickd.), Scharowberstr. 49, Bin. 30 (Schöneberg), Hohenzollernstr. 25, Bin. 36, Dresdener Str. 16, Bin. 20 (Spand.), Markt 23, Bin. 41 (Steglitz), Schildberg, Hohenzollernstr. 119, Bin. 42 (Tempelhof), Te.-Damm 2, Bin. 15, Kurtfischdamm 189, Bin. 30, Hornstr. 95 und Albrechtstr. 119, Bin. 42 (Tempelhof), Te.-Damm 2, Bin. 15, Kurtfischdamm 189, Bin. 30, Tauentzienstr. 1, Bin. 30, Potsd. Str. 87, Bin. 31 (Wilmersd.), Ullandstr. 137, Bin. 37 (Zehlendorf), Berl. Str. 2.

Nr. 6459 / 22. JAHRGANG

BERLIN, DONNERSTAG, 8. DEZEMBER 1966

A 6622 A / 25 Pf / Ausw. 30 Pf

Strauß errechnet noch 2,7 Milliarden-Defizit

Trotz der für 1967 geplanten Steuererhöhungen

Von unserem Bonner Büro

Bonn. Der neue Bundesfinanzminister Strauß hat errechnet, daß auch nach den geplanten Steuererhöhungen noch ein Defizit von rund 2,7 Milliarden DM im Bundeshaushalt 1967 bestehen wird. In Bonn wird daher vermutet, daß es zu weiteren Steuererhöhungen kommen wird.

Dabei wird die Belastung durch das Steueränderungsgesetz bereits größer, als bisher angenommen wurde. Der Benzinpreis wird sich nicht um 3 Pfennig, sondern um 4,3 Pfennig erhöhen. Diese weitere Verteuerung entsteht durch die Abschaffung des sogenannten Mineralölprivilegs bei der Umsatzsteuer, wodurch gewerbliche Abnehmer künftig ebenso wie private Abnehmer vier Prozent Umsatzsteuer zahlen müssen. Auch eine Verteuerung des Heizöls wird für möglich gehalten.

Der Bundestag wird andererseits bei der Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes in dieser Woche die Entscheidung über die Erhöhung der Tabaksteuer noch einmal aufschieben. Der Grund liegt darin, daß die Zigarettenindustrie erklärt hat, sie könne nicht in kurzer Zeit die Automaten auf die neue Packungsgröße umstellen. Deshalb wird entweder die Tabaksteuer-Erhöhung noch nicht beschlossen oder zumindest der Termin der Erhöhung noch nicht festgelegt. Bisher war für das Inkrafttreten der 1. Juli vorgesehen.

Die Kilometerpauschale soll künftig für Arbeitnehmer, Unternehmer und freiberuflich Tätige einheitlich 36 Pfennig betragen. Unternehmer und freiberuflich Tätige sollen ihre Fahrkosten nicht mehr als Betriebsausgaben geltend machen können.

Die zusätzliche Lücke im Bundeshaushalt, von der Strauß neuerdings spricht, ist teilweise durch den Verzicht auf einen Bundesanteil von 39 Prozent an der Einkommensteuer entstanden. Indem die Große Koalition sich auf einen Anteil von 37 Prozent geeinigt hat, verzichtet sie auf rund 1 Milliarde DM Steuereinnahmen. Ein weiterer Steuerausfall von rund 800 Millionen DM entsteht dadurch, daß der Bundestag den Steuervorschlägen des Kabinetts Erhard nicht in vollem Umfang folgt. Unter anderem will das Parlament — entgegen diesen Vorschlägen — keine allgemeine Erhöhung der Brantweinsteuer vornehmen. Nur Wermut und Südwine mit mehr als 14 Prozent Alkohol sollen in die Steuer einbezogen werden. Außerdem entfällt die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer für Großbetriebe von 4 auf 4,25 Prozent.

Personalfragen im Mittelpunkt der ersten Kabinettsitzung

Knieper wird Chef des Bundeskanzleramtes

Von unserem Bonner Büro

Bonn. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch in seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger mit der Beratung der Regierungserklärung begonnen, die am kommenden Dienstag vor dem Bundestag abgegeben werden soll. Politische Entscheidungen wurden dabei, soweit bekannt, noch nicht getroffen. Es wurde lediglich bestätigt, daß als Neuerung parlamentarische Staatssekretäre oder Staatsminister ernannt werden sollen. Die Abgeordneten, die diese Aufgabe übernehmen, sollen innerhalb der Ministerien, denen sie zugeteilt werden, nicht Vorgesetzte der Beamten werden. Ihre Aufgabe dürfte hauptsächlich darin bestehen, den jeweiligen Minister nach außen hin zu vertreten. Bundeskanzler Kiesinger teilte mit, daß er dem Bundespräsidenten den bisherigen Ministerialdirektor Knieper als Staatssekretär im Kanzleramt vorgeschlagen hat.

Knieper trat 1951 in die damalige Dienststelle Blank ein und war zuletzt Hauptabteilungsleiter Rüstung im Bundesverteidigungsministerium. Er wurde am 24. Dezember 1959 in Bonn-Beuel geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften wurde er 1933 Kammergerichtsreferendar und vier Jahre später Assessor. Von 1938 an war er Rechtsanwalt in Berlin. 1939 wurde Knieper zur Wehrmacht eingezogen. Bei Kriegsende war er Hauptmann der Reserve. Nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft war er Rechtsanwaltschaftsführer des metallindustriellen Arbeitsverbandes in Dortmund.

Zur Berufung zu parlamentarischen Staatssekretären oder Staatsministern sind folgende Abgeordnete vorgesehen: für das Auswärtige Amt Gerhard Jahn (SPD), für das Bundesinnenministerium Ernst Benda (CDU), für das Bundesfinanzministerium Albert Leicht (CDU), für das Bundeswirtschaftsministerium Klaus Dieter Amdt (SPD), für das Bundesverkehrsministerium Holger Börner (SPD). Kiesinger erklärte sich damit einverstanden, daß diese Abgeordneten sich bereits bis zu ihrer offiziellen Berufung in ihre neuen Aufgaben einarbeiten. Noch nicht endgültig festgaben einarbeiten. Noch nicht endgültig festgaben einarbeiten. Noch nicht endgültig festgaben einarbeiten.

Als Folge der Regierungsumbildung leitete das Kabinett folgende weitere Umbesetzungen ein: Walter Bargatzky, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt; Ludwig von Manger-König, bisher Präsident der deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege, wird Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium; Karl Gumbel, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, wird in

den einstweiligen Ruhestand versetzt; Karl Carstens, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, wird in das Bundesverteidigungsministerium versetzt; Arthur Bulow, Staatssekretär im Bundesjustizministerium, wird in den endgültigen Ruhestand versetzt; Horst Ehmke, Professor für öffentliches Recht in Freiburg, wird neuer Staatssekretär im Bundesjustizministerium; Friedrich Karl Vialon, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt; Wolfram Langer, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, wird in das Bundeskanzleramt versetzt.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2

Brandt, Schröder und Strauß zur NATO-Tagung

Bonn (AP). Bundesaußenminister Brandt wird an der für den 15. und 16. Dezember in Paris ansetzenden Tagung des NATO-Rates teilnehmen. Nach Mitteilung eines Regierungssprechers reisen auch der bisherige Außenminister und jetzige Verteidigungsminister Schröder und möglicherweise auch der neue Bundesfinanzminister Strauß nach Paris. Die deutsche Delegation wird bereits am 14. Dezember in Paris eintreffen, da am Vorabend der NATO-Tagung das übliche Deutschland-Gespräch der Verbündeten stattfindet. In politischen Kreisen Bonn wird vermutet, daß Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville wegen eines Termins für ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Staatspräsident de Gaulle Fühlung nehmen wird.

Im Hinblick auf die NATO-Tagung hat das Bundeskabinett am Mittwoch den von Staatssekretär Carstens vorgelegten Bericht über das Ergebnis der deutsch-britisch-amerikanischen Dreiergespräche über Verteidigungsprobleme und den Devisenausgleich diskutiert. Dieser Bericht ist inzwischen an den NATO-Rat weitergeleitet worden.

49 225 Führerscheine entzogen

Flensburg (AP). Im ersten Halbjahr 1966 wurden im Bundesgebiet 49 225 Führerscheine und somit 12,2 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres entzogen. Wie das Kraftverkehrsamt in Flensburg gestern mitteilte, waren in überwiegendem Maße Alkoholvergehen der Grund für die Entziehungen. Mit 42 894 Fällen erreichten die Trunkenheitsdelikte einen Anteil von 90,2 Prozent von 47 552 auf Entscheidung der Strafgerichte entzogenen Führerscheine. Die restlichen 1673 Entziehungen wurden von den Verwaltungsbehörden angeordnet.

Bankraub in Britz

Täter flüchtig — Über 56 000 DM erbeutet
Tsp. Berlin. Zwei bewaffnete Verbrecher überfielen gestern Mittag die Filiale der Berliner Bank an der Rudower Straße in Britz. Sie erbeuteten 56 560 DM und flüchteten in einem gestohlenen Auto. Trotz einer sofort eingeleiteten Großfahndung der Polizei konnten die Täter unerkannt entkommen. (Vgl. Berliner Teil)



Gestern in Bonn: Die erste Sitzung des Kabinetts Kiesinger im Palais Schaumburg. Unser Bild zeigt: Außenminister Brandt, Bundeskanzler Kiesinger (dahinter, teilweise verdeckt, der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner), Innenminister Lücke und Justizminister Heinemann.

Rhodesien beantragt Teilnahme an Sitzung des Weltsicherheitsrates

Britischen Sanktionsantrag als Beweis für Unabhängigkeit betrachtet

London/Salisbury (AP). 24 Stunden vor der Sondersitzung, in der sich der Weltsicherheitsrat auf Antrag Großbritanniens mit der Rhodesien-Frage befassen soll, hat die rhodesische Regierung am Mittwoch in einem Telegramm darum nachgesucht, in der Sitzung angehört zu werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem britischen Premierminister Wilson und dem rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith über eine Beilegung des Verfassungskonflikts zwischen der abtrünnigen Kolonie und dem Mutterland soll der Weltsicherheitsrat heute Abend über die Verhängung obligatorischer Sanktionen gegen Rhodesien beraten.

In dem Telegramm besteht die rhodesische Regierung auf „ihrem Recht, auf Sitzungen des Sicherheitsrates ihr Anliegen vertreten zu dürfen, in denen Rhodesien betreffende Fragen behandelt werden“. Frühere rhodesische Versuche, bei den Debatten des Weltsicherheitsrats über Rhodesien vertreten zu sein, waren gescheitert, da die Regierung Ian Smith offiziell als illegal betrachtet wird. Es wird erwartet, daß auch der neue Vorstoß zurückgewiesen wird.

Die rhodesische Regierung vertritt in ihrem Telegramm an den Präsidenten und die Mitglieder des Sicherheitsrates die Ansicht, daß die britische Forderung nach Verhängung von UNO-Sanktionen nicht folgerichtig sei. Wenn die britische Forderung nach Sanktionen gültig sei, so folge daraus, daß Rhodesien ein unabhängiger Staat sei. Wenn andererseits Großbritannien behauptet, der Streit zwischen England und Rhodesien sei eine innere Angelegenheit, dann gebe es keine Basis, Sanktionen zu verhängen, die Großbritannien dann ja gegen sich selbst beantragen würde.

Kritik an deutschem Rhodesien-Handel

London (dpa). Vom Weltsicherheitsrat beschlossene Sanktionen gegen den rhodesischen Außenhandel wurden nach allgemeiner Auffassung auch von Nichtmitgliedern der UNO als verbindlich angesehen werden müssen, also auch von der Bundesrepublik. Die deutschen

Einfuhren aus Rhodesien waren nach zuverlässigen Londoner Informationen in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit 102,3 Millionen DM umfangreicher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (100,5 Millionen DM). Zwischen Januar und August 1966 bezogen deutsche Importeure aus Rhodesien unter anderem für 26,68 Millionen DM Tabak und für 50,5 Millionen DM Kupfer.

Nach der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhöht sich die Gesamtimporte aus Rhodesien von rund 58 Millionen D-Mark (erstes Halbjahr 1965) auf rund 70 Millionen (erstes Halbjahr 1966), während der Wert der Tabakeinfuhren zurückging.

Die Haltung Bonns

Tsp. Berlin. Die Bundesregierung hatte am 15. 12. 1965 auf britisches Drängen hin die Einfuhr von Tabak und Zucker aus Rhodesien genehmigungspflichtig gemacht, was praktisch ein Embargo bedeutete. Davon sollten aber laufende oder schon abgeschlossene Verträge nicht berührt werden. Auf erneute britische Demarchen hin erklärte die Bundesregierung am 6. Juni 1966 alle Importe aus Rhodesien für genehmigungspflichtig. Sie behielt sich dabei zwar grundsätzlich eine Entscheidungsfreiheit vor, doch erklärte der Regierungssprecher, es bestehe die Grundtendenz, vorerst keine Einfuhrgenehmigung für rhodesische Waren zu erteilen.

Kuratorium Unteilbares Deutschland lud Zonen-Wissenschaftler ein

Keine Zusage zur Teilnahme an der Jahrestagung in der Kongreßhalle

Tsp. Berlin. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat zu seiner Jahrestagung, die von morgen an bis zum Sonntag in der Berliner Kongreßhalle stattfindet, erstmals eine Reihe von Wissenschaftlern aus der Sowjetzone eingeladen. Wie der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Schütz, gestern in Berlin mitteilte, sollen die Zonen-Wissenschaftler die Möglichkeit erhalten, in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Kuratoriums ihre Ansichten zu äußern. Schütz sagte auf Befragen, die Einladungen seien auf Initiative des Kuratoriums vor vierzehn Tagen versichert worden. Eine Absprache mit der Bundesregierung sei nicht erfolgt. Bis gestern lagen noch keine Zusagen aus der Sowjetzone vor.

Zu den Eingeladenen gehören der Präsident der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften, Hardike, der Rektor der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Junghänel, der Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität, Sank, der stellvertretende Direktor des Pädagogischen Zentralinstitutes der Sowjetzone, Franchkiewitsch, und Dr. Friedrich aus dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der „DDR“.

Auf der Jahrestagung in der Kongreßhalle soll zunächst eine Bestandsaufnahme der gegenwärtig vorhandenen Begegnungen mit der Sowjetzone vorgenommen werden. Dazu sollen Fachleute der Parteien, der Gewerkschaften, der Jugendverbände und des Sports gehört werden. Ferner sollen „Wege einer künftigen Deutschland-Politik“ urrissen werden.

Auf der Jahrestagung werden neben anderen Außenminister Brandt, Bundesratsminister Carlo Schmid, Familienminister Heck und der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, sprechen.

Wie Schütz mitteilte, hofft das Kuratorium auf eine bessere Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung. Bisher sei diese Zusammenarbeit unzureichend gewesen. Das Kuratorium will nach Beendigung der Tagung in Berlin der Regierung ein Angebot zur gemeinsamen Arbeit auf allen politischen Fachgebieten unterbreiten.

Ein Toter bei Absturz eines Hubschraubers bei „Elbe 1“

Hamburg (UPI). Ein Hubschrauber vom Typ Alouette III der Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt ist am Mittwochabend mit fünf Insassen in der Nähe des Lotsen-Versetzschiffes „Kommodore Ruser“, das in Höhe des Feuerschiffs „Elbe 1“ in der Elbemündung liegt, aus ungeklärter Ursache abgestürzt. Einer der Insassen — sein Name ist noch nicht bekannt — fand dabei den Tod. An Bord des Hubschraubers befanden sich leitende Beamte der Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums, die Weihnachtsgeschenke zur Besatzung der „Kommodore Ruser“ bringen wollten.

Unsere Meinung:

FU-Konsequenzen

E. W. Toleranz ist ein Merkmal demokratischer Haltung. Der Selbstbehauptungswille setzt dieser Toleranz da eine Grenze, wo sie zur Untergrabung demokratischer Lebensform mißbraucht wird. Die Universität ist als Ort geistiger Bildung und Auseinandersetzung gedacht, unter diesem Zeichen wird sie von den Bürgern gemeinsam getragen und materiell gehalten. Diese beiden simplen Grundsätze sind von Studenten der Freien Universität früher schon und jetzt zum wiederholten Male verletzt worden. Getan haben das relativ kleine Gruppen. Nun ist es fast selbstverständlich, daß es in einer Gemeinschaft junger Leute, die die Zahl von 15 000 überschreitet, immer einige geben wird, die zu Grenzüberschreitungen neigen. Es ist sorglicher Prüfung wert, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind. Es geht hier um die Vorkommnisse, über die wir gestern berichteten, die zu Beleidigungen von Gästen führten. Man will augenscheinlich den Kampf ums Mikrophon zur Gebräuchlichkeit machen, mit Geschrei und Krawall vorsätzlich Unruhe stiften, den Gegner mundtot machen und den Charakter der Universität als eines Ortes rationaler Auseinandersetzung verändern. In der vergangenen Woche hatten wir einen ähnlichen Vorfall tolerant beurteilt, die ganz augenscheinlich gezielte Wiederholung läßt neue Fragen auftauchen. Daß der Rektor zur gleichen Stunde am fast gleichen Ort zwei einander entgegengesetzte Veranstaltungen zuließ, läßt fragen, ob man die Brisanz des Zusammentreffens genügend bedacht hat. Wichtiger aber ist die Frage, ob eine Universität eine Studentengruppe noch als förderungswürdig ansehen kann, ob sie ihr fürderhin Räume für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stellen soll, die ganz augenscheinlich im Sinne hat, unter Verletzung jeglicher akademischer Würde einen fortwährenden Barrikadenkampf in der Universität zu inszenieren. Der SDS kann sich augenscheinlich seiner, wenn gleich kleinen, aber sehr virulenten extremen Gruppe nicht mehr erwehren, und es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn er dafür die Folgen zu tragen hätte. Wir schätzen Zwangsmaßnahmen nicht, aber wer durch politische Handgreiflichkeiten die Grundkonzeption der Freien Universität Berlin zu untergraben gewillt ist, müßte sich eigentlich schämen, von ihr mit Vergünstigungen bedacht zu werden. Rektor und Akademischer Senat täten den jungen Leuten, die sich so schandbar zu verhalten pflegen, daß Polizeieinheiten auf das Universitätsgelände gerufen werden, nur Gutes, wenn sie ihnen wenigstens diese Beschämung ersparten und ihnen alsbald alle Privilegien entzögen. Mögen sie dann zusehen, wo sie bleiben. Die Gründung einer Gegenuniversität hat diese kleine Gruppe als letztes Mittel ja schon einkalkuliert. Nun, das könnte sie leicht haben in Form von Passierscheinen, die sie Unter die Linden führt, wohin sie aber trotz ihres revolutionären Überschwangs sicherlich gar nicht will. Alternativen können heilsam sein. Sie geben nämlich zum Nachdenken Anlaß.

Die Junior-Minister

Bonn. Zu dem bunten Strauß der Neuerungen, die von der Großen Koalition zu erwarten sind, gehört auch die Berufung parlamentarischer Staatssekretäre oder Staatsminister. Natürlich neigt man zunächst zu der Annahme, daß den beiden großen Parteien in der neuen Regierung nicht genug Ministerposten zur Verfügung standen, um den Amterappet zu stillen. Aber glücklicherweise ist dies nicht der einzige Grund. In Bonn herrscht unzweifelhaft ein chronischer Mangel an Politikern mit Erfahrung in der Leitung größerer Behörden. Daher tauchen bei jeder Regierungsbildung und bei anderen Anlässen immer die gleichen Namen auf. In England, wo die Demokraten anderer Länder mit Vorliebe in die Schule gehen, ist seit Jahrhunderten ein System der politischen Nachwuchs-Bildung entwickelt worden, das jedenfalls als Anregung dienen kann. Freilich sind die jungen Politiker dort bescheidener. Sie begnügen sich zuerst einmal mit dem Posten des Privatsekretärs bei einem Minister, und es gehören schon Erfahrung und einige Dienstjahre dazu, um zum Range eines parlamentarischen Staatssekretärs aufzusteigen.

Wenn diese Einrichtung nun in Bonn eingeführt wird, ergeben sich noch eine Reihe von Fragen. Es sieht so aus, als würde man nicht von parlamentarischen Staatssekretären sprechen, sondern von Staatsministern. Dennoch sollen die Staatsminister nicht etwa gleichzeitig neben den anderen Bundesministern tätig sein, sondern jeweils einem Bundesminister zugeteilt werden, gewissermaßen als sein lebendiges Abbild. Ein guter Staatsminister müßte ebenso sprechen und handeln wie der Minister, den er vertritt. Er wird aber nicht die gleichen Rechte haben. Es wäre auch höchst unglücklich, wenn ihm der Beamtenapparat unterstellt würde. Wie in England sollte an der Spitze der Beamtenschaft eines Ministeriums immer der beamtete Staatssekretär stehen. Welche Aufgabe bleibt aber dann für den Staatsminister übrig? In der Hauptsache wird es sich wohl um die Vertretung seines Ministers im Bundestag und seinen Ausschüssen handeln müssen. Das ist nicht eben viel. Aber es kann einem energischen jungen Mann als gutes Sprungbrett dienen.